



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 16.11.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Jahresumfrage 2022 in Ludwigsburger Kinder- und Familienzentren - mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es keine Änderung zur Tagesordnung gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf. Die Umfrage beschäftige sich hauptsächlich mit den Rahmenbedingungen. Die Studie der evangelischen Hochschule Freiburg beschreibe einen Kollaps des Kitasystems. Dieser sei abwendbar, jedoch müssen, nicht nur auf kommunaler- sondern auch auf Bundes- und Landesebene, Änderungen erfolgen. Sie weist auf das Qualitätsgesetz für die frühkindliche Bildung hin.

Es erfolgt ein Bericht durch den **Leiter** und einen **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie sowie einer **Vertreterin** der katholischen Kirche anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Die Umfrage diene als Ersatz des früheren Jahresberichts. Expertenwissen aus unterschiedlichen Sozialräumen werde genutzt. Elf von zwölf Einrichtungen haben sich beteiligt und jeweils 34 Fragen beantwortet, somit liege ein repräsentatives Ergebnis vor. Eine Ausgebranntheit beim Personal habe man in dieser Form noch nicht gekannt.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die weiteren Empfehlungen ein. Eine verlässliche Betreuung müsse gewährleistet und trägerspezifische Lösungen gefunden werden. Eventuell müssen Öffnungszeiten frühzeitiger reduziert werden. Eine jährliche, trägerübergreifende und stadtweite Bedarfsanalyse werde weiterhin gewünscht, um auf die veränderten Bedarfe zielgerichtet zu reagieren. Der aktuelle Vertretungsschlüssel sei zu niedrig. Dies müsse in die politischen Kanäle gespielt werden. Um für eine Entlastung der Fachkräfte zu sorgen, könne anderes Personal für hauswirtschaftliche Tätigkeiten, Verwaltungs- und Hausmeistertätigkeiten eingesetzt werden. Erschreckend deckungsgleich seien die Ergebnisse mit der Studie.

EBMin **Schmetz** merkt an, dass sie seit kurzem Mitglied im Sozialausschuss des Städtetags sei. In den Einrichtungen und Familien sowie in den Beratungsstellen bestehe Unterstützungsbedarf. Die Forderung müsse ebenso an die Bundes- und Landespolitik adressiert werden. Mögliche Nachbesserungen auf kommunaler Ebene werden geprüft. Das Ausbildungssystem und duale Modelle müsse weiter ausgebaut werden. Eine enge Zusammenarbeit mit der pädagogischen und evangelischen Hochschule stärke das System. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** sieht die Kinder- und Familienzentren als Erfolgsmodelle und die Entwicklung der Rahmenbedingungen als bitter an. Eine mögliche Entlastung durch Mithilfe in der Hauswirtschaft solle auch im Quartier abgefragt und die Stadtgesellschaft informiert werden. Dies könne schnell umgesetzt werden. Es müssen Maßnahmen zur Verbesserung des Fachkräftemangels ergriffen werden.

TOP 1

Jahresumfrage 2022 in Ludwigsburger Kinder- und Familienzentren - mündlicher Bericht

Vieles sei bereits bekannt und spürbar, merkt Stadtrat **Meyer** an. Die Verwaltung und Mitarbeitenden leisten bereits viel. Verstärkt müsse die Unterstützung und Entlastung in den Fokus gestellt werden. Kinder- und Familienzentren beinhalten die gesamte Stadtteilbevölkerung. Es schaffe eine Plattform für Begegnungen. Man müsse über die essenziellen Dinge nachdenken und die Kräfte bündeln sowie die Betreuung auf bestimmte Gruppierungen orientieren und die Bedarfssituationen anpassen. Corona habe die Familien und die Betreuungskräfte stark belastet. Der Fachkräftemangel könne nicht schnell behoben werden. Die Überbelastung führe zur Teilzeit und diese Auswirkung könne nicht schnell ersetzt werden. Unterstützung in der Teambildung sei vorteilhaft. Ein gutes Team mit unterschiedlicher Qualifikation sei ein guter Weg. Den Eltern solle mitgeteilt werden, was durch die Verwaltung und die Betreuungskräfte angeboten werde. Die Ehrenamtlichen und die Vereine müssen aktiviert und einbezogen werden. Er dankt allen Beteiligten für das Engagement.

Die Kinder- und Familienzentren seien Vorzeigeeinrichtungen, merkt Stadträtin **Moersch** stolz an. Sie dankt für die großartige Arbeit und beachtliche Leistung. Den Familien werde viel geboten. Die Umfrage stelle einen Hilferuf dar und sei ein Alarmsignal. Man müsse alles tun, was möglich sei. Zusätzliche Kräfte sollen eingebunden werden, um die Fachkräfte zu entlasten. Sie wünscht mehr Unterstützung des Landes.

Eine Reduzierung des Angebots sei keine Lösung so Stadtrat **Dr. O'Sullivan**. Der Bedarf wachse in der Gesellschaft. Das System müsse eigentlich ausgebaut werden. Das Schlagwort Kollaps bleibe in Erinnerung und solle in die Öffentlichkeit getragen werden. Die Kinder- und Familienzentren seien besonders und sollen erhalten bleiben. Gute Arbeitsbedingungen müssen geschaffen und der Krankenstand sowie die Frustration gesenkt werden. Supervisionsangebote und ein betriebliches Eingliederungsmanagement sei ebenso wichtig. Er könne sich auch eine Unterstützung durch ehrenamtliche Kräfte vorstellen. Er dankt den Beteiligten für ihre Arbeit.

Ver mehrt werde von Eltern eine Teilzeit und dennoch eine höhere Betreuungszeit gewünscht, dies passe nicht zusammen meint Stadträtin **Dr. Traub**. Nicht verständlich seien ebenso berufliche Existenzängste. Derzeit gebe es viele freien Stellen in allen Sparten.

Die Mitarbeitenden brennen stark für ihre Arbeit, auch unter den aktuellen erschwerten Bedingungen, unterstreicht die **Vertreterin** der katholischen Kirche. Die Mitarbeitenden seien ebenso Familienmitglieder und haben die belastenden Themen auch im familiären Umfeld zu tragen.

EBMin **Schmetz** dankt für die Redebeiträge. Die Umfrage liege teilweise in der Coronaphase. Man habe Kooperationsangebote mit dem Jugendamt, der Caritas und den Vereinen. Diese müssen nach Corona wieder aufgebaut werden. Zudem seien Ehrenamtliche tätig. Die betriebliche Eingliederung sei im Fachbereich Bildung und Familie innerhalb eines Jahres um 30% gestiegen. Die Erfahrung mit

Teilzeitmodellen gebe es schon lange. Die Teamentwicklung sei ein wichtiges Thema und der Teamgedanke ein wichtiger Schlüssel. Alle Träger achten bereits darauf. Der Personalschlüssel halte hierzu jedoch wenig Zeit bereit. Es müssen gute Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ängste seien nicht rationell erklärbar. Durch Zweit- und Drittjobs sei häufig eine zeitliche und psychische Belastungsgrenze erreicht. Sie dankt allen Beteiligten und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 2

Weiterfinanzierung Projekt Connect

Vorl.Nr. 264/22

Beschluss:

1. Einer Weiterfinanzierung des Projekts Connect mit einer Befristung bis zum 31.08.2025 wird zugestimmt.
2. Das Konzept Connect wird im nächsten Schritt weiterentwickelt, um gezielt auf die zusätzliche Fluchtentwicklungen im Rahmen der Ukrainesituation und im Hinblick auf die jugendkulturelle Ausrichtung der Villa BarRock als Veranstaltungshaus zu reagieren.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Heer
 Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** führt in das Thema ein. Das Programm sei explizit für junge Erwachsene mit Fluchterfahrung entwickelt worden. Das Projekt solle weitergeführt werden, da sich die Fluchtsituation geändert habe. Durch den Ukrainekrieg gebe es einen großen Zustrom an Geflüchteten. Der Bedarf sei da. Die Stellungnahmen des Integrationsrats und Jugendgemeinderat liegen vor.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein. Das Projekt sei sehr wertvoll und ergänzend. Die Veranstaltungen haben einen kulturellen Charakter. Die guten Anknüpfungspunkte im Haus können genutzt werden. Man habe bei der Erstberatungszeit ausgeholfen. Dieses jugendkulturelle Angebot mit seinem eigenen Konzept werde weiterhin gebraucht. Der Bedarf sei gegeben und berge eine große Chance. Er dankt allen Beteiligten.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** dankt für die gute Arbeit. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Weiterhin sollen die Jugendliche mit der Gesellschaft und der Arbeitswelt verbunden werden. Sie fragt nach

dem Unterschied und der Zusammenarbeit mit der Flüchtlingsarbeit und der Schulsozialarbeit. Zudem fragt sie nach der Frequentierung und der Weitervermittlung.

Stadträtin **Dr. Traub** dankt ebenso für die gute Arbeit und die Stellungnahmen. Ihre Fraktion habe eine unterschiedliche Haltung. Sie selbst sieht das Angebot als sehr wichtig an. Für diese Altersgruppe werde ansonsten wenig angeboten. Diese Gruppe sei sehr beeinflussbar und rutsche schnell in schlechte Kreise ab. Mit einer Förderung könne jedoch viel erreicht werden und sie sieht Potential für eine gute Entwicklung. Das Projekt finde in einem geschützten Rahmen statt, ohne Konsumdruck. Es ermöglicht den Kontakt zu anderen Studierenden. Das Programm verbinde kulturelle, kreative und sportliche Angebote. Sprache werde ohne Zwang mitgelernt. Es können wahre Freundschaften entstehen. Sie geht auf den Personalanteil und die Öffnungszeiten ein. 53 Beratungen in den letzten 1,5 Jahren erscheint ihr wenig. Sie fragt zudem nach der Arbeit an öffentlichen Orten und wünscht konkrete Beispiele.

Das Projekt weiterzuführen sei ein richtiger Ansatz, meint Stadträtin **Moersch**. Es sei ein
TOP 2 **Weiterfinanzierung Projekt Connect** **Vorl.Nr. 264/22**

niederschwelliges Angebot in einer entspannten Atmosphäre mit fachlich qualifiziertem Personal. Die Beratungsleistung fließe in die Gespräche und entspanntem Austausch mit ein. Die Altersgruppe sei anfällig für äußere Einflüsse. Durch das Projekt können Werte vermittelt und Halt gegeben werden. Sie sieht auch eine Chance dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, indem gegebenenfalls Arbeitsstellen vermittelt werden können. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Der Raum für Begegnungen sei wichtig, fügt Stadträtin **Metzger** hinzu. Der Bedarf sei bei allen Geflüchteten gestiegen. Ihre Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Die Integration und Vermittlung in andere Angebote solle möglichst schnell erfolgen, merkt Stadtrat **Meyer** an. Es gebe viele Möglichkeiten zur Vernetzung und eine breite Palette von Angeboten in der Stadt. Die Besucherzahl erscheint ihm im Vergleich zum Jahr 2019 sehr gering. Er fragt, ob Besuche oder Personen gezählt werden.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt nach den Kooperationspartnern, insbesondere der Jugendhilfe Hochdorf und will wissen, ob eine Integration in den Vereinssport möglich sei.

EBMin **Schmetz** geht auf die Historie, die Entwicklung durch den Ukrainekrieg und den Neuanfang nach Corona ein. Das Personal habe bei der Erstberatung im Service Center ausgeholfen und in den Unterkünften mitgearbeitet. Zudem steigt die Zuwanderung aus den Drittländern an. Bei Connect sei die Kulturarbeit zentral. Connect sei in die gesamte Jugendarbeit und in viele Bereiche vernetzt. Sie geht auf die Altersgruppe ein. Das Angebot richte sich an junge Menschen mit Fluchterfahrung bis zum 27. Lebensjahr. Eine Arbeitsaufnahme sei bei Drittlandgeflüchteten während des Verfahrens nicht möglich. Langeweile könne ein negativer Transporteur sein. Man brauche kulturelle Angebote für die Freizeit. Beim Stadtbad etabliere man aus einem schulorientierten Angebot einen zentralen Jugendtreff.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die offenen Fragen ein. Die Zusammenarbeit sei vielfältig. Unterschiedliche Nationalitäten seien vertreten. Man stehe im engen Austausch mit dem Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport. Er geht auf die

Pandemiezeit und den Personalwechsel mit einer längeren Vakanz ein. Während Corona habe man viel in die aufsuchende Arbeit gesetzt, eng mit der mobilen Jugendarbeit zusammengearbeitet. Aufgrund der Reduzierung der Personalstellen habe man die Öffnungszeiten reduziert. Die Beratung und die Begleitung gehe teilweise über eine längere Zeit und sei ein Beiwerk des Projektes. Mit den Hochschulen sei man gut vernetzt. Er geht weiter auf die Statistik ein. Die offene Arbeit basiere auf Beziehungsarbeit. Bei einem Mitarbeiterwechsel brechen teilweise die Zielgruppen weg. Dies müsse wieder aufgebaut werden. Das Konzept sei niederschwellig und man versuche Beziehungen aufzubauen.

Nach dieser Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

TOP 3

**Städtische Förderung für das Kindertagheim
Charlottenkrippe im Rechnungsjahr 2021 und
Festsetzung der Abschlagszahlungen für das
Rechnungsjahr 2023**

Vorl.Nr. 345/22

Beschluss:

Die städtische Förderung des Kindertagheims Charlottenkrippe, Wilhelmstraße 44-48, wird für das Rechnungsjahr 2021 auf brutto 2.986.438,63 € festgesetzt.

Die Abschlagszahlungen für das Rechnungsjahr 2023 werden lt. Wirtschaftsplan der Charlottenkrippe in einer Höhe von 3.382.900 € ausbezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Heer
Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Die Verpflegungsgebühren in den Kindertageseinrichtungen werden ab dem 1. April 2023 auf 3,50 Euro pro Mahlzeit und somit auf 70 Euro im Monat erhöht. Der Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren der Kindertageseinrichtungen in Ludwigsburg (Anlage 1) wird zugestimmt.
2. Die Elternbeiträge für die Mittagsverpflegung an den Ludwigsburger Schulen werden ab dem 1. April 2023 auf 3,50 Euro pro Mahlzeit und somit auf 57 Euro pro Monat erhöht. Die privatrechtlichen Verträge mit den Eltern werden entsprechend angepasst.
3. Für wiederholtes, verspätetes Abholen der Kinder durch die Eltern kann die Stadt eine Verspätungsgebühr erheben. Für die angefangene halbe Stunde Verspätung werden 30 Euro berechnet. Der Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren der Kindertageseinrichtungen in Ludwigsburg (Anlage 1) wird zugestimmt. In der Schulkindbetreuung werden die privatrechtlichen Verträge mit den Eltern entsprechend angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 und 2 wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss zu Ziffer 3 wird mit 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Heer
Stadträtin Schmidt

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein. Die anteilige Preiserhöhung bei der Mittagsverpflegung von 6% sei angemessen. Die tatsächlichen Ausgaben

seien deutlich höher. Die Caterer haben ihre Preise bereits erhöht, weil sie zu den vereinbarten Bedingungen nicht mehr hätten liefern können. Bei der Verspätungsgebühr gehe es nicht um die Einnahmegewinnung und die Verbesserung des städtischen Haushalts. Man erhoffe sich eine Änderung des Verhaltens einzelner Eltern. Bestenfalls werden keine Einnahmen erzielt. Weiter geht er auf die Stellungnahmen der Elternbeiräte ein.

Es geht keineswegs darum, Eltern zu bestrafen, die es ab und an aus nachvollziehbaren Gründen nicht schaffen ihr Kind pünktlich aus der Kita oder Schulkindbetreuung abzuholen, fügt EBMIn **Schmetz** hinzu. Vielmehr sollen diese Einzelfälle die Verantwortung für die Folgen ihres Verhaltens übernehmen. Kinder und die Beschäftigten haben einen Anspruch auf Verlässlichkeit. Manche Eltern kalkulieren ihre Verspätung bewusst ein und buchen geringere Betreuungszeiten, als sie tatsächlich benötigen. Bisher habe die Stadt nur die Möglichkeit den Betreuungsplatz zu kündigen. Dies sehe sie nicht als den richtigen Weg an, da die Kinder die Leidtragenden seien. Die Einrichtung führt die Dokumentation. Die Verwaltung stehe im Dialog mit den Trägern und entscheide über die Gebühr. Weiter geht sie auf die Erhöhung der Essensbeiträge ein und unterstreicht, dass der Aufwand deutlich höher sei. Die Mehrkosten müssen von der Allgemeinheit getragen werden. Die Preisgestaltung für das Essen sei sehr komplex. Die Materialkosten und die Betriebskosten der jeweiligen Mensa plus Personalkosten für die hauswirtschaftlichen Kräfte seien schwer darstellbar. Aufgrund der Größe der Einrichtungen, der Gebäude und der Energiekosten seien die Voraussetzungen unterschiedlich.

Die Erhöhung der Essensbeiträge trage ihre Fraktion mit, so Stadträtin **Wiedmann**. Die Qualität werde auch von den Eltern gewünscht und die Erhöhung sei nachvollziehbar. Ziffer 3 sei in ihrer Fraktion jedoch kontrovers diskutiert worden. Es sei ein großer Interpretationsspielraum vorhanden. Sie fragt, wer die Entscheidung treffe und gegenüber den betroffenen Eltern argumentiere und wem die eingezogene Gebühr zugutekomme. Sie wünscht eine separate Abstimmung zu Ziffer 3.

Stadtrat **Meyer** lobte es als großes Entgegenkommen, dass die Erhöhung erst zum 1. April 2023 in Kraft trete. Die Caterer haben die Preise bereits angehoben. Die Kosten und der Abmangel müsse

TOP 4

Anpassung der Elternbeiträge für die Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen und Einführung einer Verspätungsgebühr (Vorberatung)

Vorl.Nr. 362/22

den Bürgern und den Nutzern klagemacht werden. Ziffer 1 und 2 werde seine Fraktion zustimmen. Aus der Verwaltungsvorlage könne er die tatsächlichen Verpflegungskosten nicht entnehmen. Er spricht auch die Abrechnung für die hauswirtschaftlichen Kräfte bei den Trägern an und bittet um eine transparente und nachvollziehbare Darstellung. Dies trage auch zur Akzeptanz bei den Gesamtelternbeiräten bei. Mit Ziffer 3 könne er ebenso mitgehen. Er hoffe, dass es lediglich Einzelfälle seien und man müsse ein Signal setzen. Eine Klarheit zu den Bedingungen für die Umsetzung der Verspätungsgebühr werde noch gewünscht

Stadträtin **Moersch** wird Ziffer 1 und 2 zustimmen. Der geringe Mehrbetrag sei gegenüber den Eltern vertretbar. Mit den Steuergeldern müsse gerecht umgegangen werden. Zu Ziffer 3 gibt es in ihrer Fraktion unterschiedliche Meinungen und noch Unklarheiten zum Verwaltungsaufwand, zur erforderlichen Gesprächsführung und zur Entscheidung. Ein Betrag von 30,--Euro sei nicht vertretbar, mit einem Betrag von 20,-- Euro könne sie mitgehen.

Die Nahrungsmittelpreise steigen deutlich, merkt Stadtrat **Dr. O'Sullivan** an und zeigt Verständnis für die Erhöhung. Außerdem wolle man den Kindern ein gutes Essen bieten. Er geht auf die Stellungnahme des Elternbeirats ein. Er vermutet bei den Eltern Frust aufgrund von Schließungen und fehlender Erstattung. Bei Ziffer 3 handelt es sich keineswegs um eine Strafgebühr, meint er. Das sei eine Leistung, die von Eltern in Anspruch genommen werde. Die Regelung solle mit Fingerspitzengefühl umgesetzt werden. Konkretere Formulierungen sollten noch aufgenommen werden. Die endgültige Entscheidung bei einer Anfechtung treffe der Verwaltungsrichter. Er geht davon aus, dass dies in der Praxis nicht vorkommen werde. Die Verspätungsgebühr solle direkt an die Eltern gerichtet sein und nicht vom Jugendamt übernommen werden.

Stadtrat **Dengel** signalisiert seine volle Zustimmung und fügt hinzu, dass notorische Zuspätkommer Egoisten seien. Er sieht hierin auch einen Beitrag, um die Belastung der Mitarbeiter in den Kitas zu reduzieren und wünscht eine Durchsetzung. Der Betrag könne seiner Meinung nach auch höher angesetzt werden.

EBMin **Schmetz** nimmt den Wunsch aus dem Gremium auf getrennte Abstimmung zu Ziffer 3 auf. Sie geht auf die offenen Fragen ein. Ludwigsburg sei eine von wenigen Kommunen, die überhaupt rückerstatte. Bei der Rückerstattung müsse ebenso die Wirtschaftlichkeit in Relation gesetzt werden. Teilweise gehe es um geringe Beträge. Weiter geht sie auf das Verfahren bei der Verspätungsgebühr ein. Man brauche ein Instrument und eine gewisse disziplinarische Wirkung. Eine Säumnisgebühr wird vom Jugendamt nicht übernommen. Eine Zusammenstellung der Kosten für die Verpflegung werde bis zur Gemeinderatssitzung erarbeitet.

EBMin **Schmetz** stellt die Vorlage zur Abstimmung und lässt über Ziffer 3 getrennt abstimmen.

TOP 5

**Fußball-Sport-Verein Oßweil 1924 e.V. -
Baukostenzuschuss Sanierung Umkleidetrakt
und Errichtung Gerätehütte**

Vorl.Nr. 349/22

Beschluss:

Der Fußball-Sport-Verein Oßweil 1924 e.V. erhält für die Sanierung seines Umkleidetraktes, sowie für die Errichtung einer Gerätehütte einen Zuschuss (50 % der anrechenbaren Kosten) in Höhe von gerundet 16.500 € sowie einen Zuschuss für Eigenleistungen in Höhe von 750 €. Der Verein erhält höchstens 17.250 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Heer
Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.